

AKTUELL

EUGH ÜBER STUDIENBEIHILFEN IN LUXEMBURG

Gebietsfremde Studierende werden benachteiligt

Isabel Spigarelli

Der Wohnsitz macht den Unterschied, wenn es um die Antragstellung zu Studienbeihilfen in Luxemburg geht. Der Europäische Gerichtshof legt anhand der Causa Aubriet offen, dass eine solche Ungleichbehandlung gegen das EU-Recht verstößt.

Nicolas Aubriet lebt mit seinem Vater in Frankreich, unweit der luxemburgischen Grenze. Der Vater ist seit Oktober 1991, mit einer Unterbrechung von insgesamt vier Jahren (von 2008 bis 2012), in Luxemburg berufstätig. Sein Sohn reichte zum Wintersemester 2014/2015 einen Antrag auf Studienbeihilfe in Luxemburg ein. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Rechtsvorschrift, auf dem der Entschluss des Ministeriums für Hochschulwesen und Forschung gründete, besagt, dass ein Elternteil der nicht-ortsansässigen Bewerber*innen über einen Referenzzeitraum von sieben Jahren vor der Beantragung der Beihilfe mindestens fünf Jahre in Luxemburg erwerbstätig gewesen sein muss – eine Auflage, die für in Luxemburg wohnhafte Studierende nicht gilt.

Diese im Zuge der Reform der Studienbeihilfe verabschiedete Rechtsvorschrift wurde bereits vor ihrem Inkrafttreten 2014 scharf von Studierendenorganisationen und dem Kollektiv Richtung 22 kritisiert. Die Proteste richteten sich unter anderem gegen ebendiese Benachteiligung nicht-ortsansässiger Studierender oder der Kinder von in Luxemburg berufstätigen Grenzgänger*innen, die für weiterführende Studien auf finanzielle Beihilfen vom Staat angewiesen sind. Die damalige Reform kam trotz starkem Gegenwind mit 32 zu 28 Stimmen durch.

Aubriet hat den Beschluss des zuständigen Ministers Claude Meisch 2015 vor dem luxemburgischen Verwaltungsgericht angefochten. Immerhin war sein Vater zum Zeitpunkt der Antragsstellung in Luxemburg steuerpflichtig und hatte insgesamt über 17 Jahre hinweg Beiträge ins nationale Sozialversicherungssystem eingezahlt. Das luxemburgische Verwaltungsgericht holte daraufhin die Meinung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) ein und wollte wissen,

ob die oben erwähnten Auflagen zur Gewährung von finanziellen Studienbeihilfen erforderlich seien, um das vom luxemburgischen Gesetzgeber verfolgte Ziel zu erreichen, den Anteil ortsansässiger Personen mit Studienabschluss zu erhöhen.



FOTO: CC BY TIM RECKMANN 2.0

Die Nachwehen der kontrovers diskutierten Reform der Studienbeihilfen 2014 machen sich bemerkbar: Nicht-ortsansässige Studierende wie Nicolas Aubriet werden nach wie vor benachteiligt – und das verstößt gegen das EU-Recht.

Der EuGH hält dies für ein legitimes Ziel, hinterfragt jedoch in seinem kürzlich gefällten Urteil, inwiefern „der zur Berechnung der Mindestarbeitsdauer von fünf Jahren eingeführte Referenzzeitraum von sieben Jahren vor der Beantragung der Beihilfe“ über dieses Vorhaben hinauschießt. Im Fall Aubriet reiche die Berücksichtigung dieses Zeitraumes jedenfalls nicht aus, um die Verbundenheit des Vaters des Klägers mit dem luxemburgischen Arbeitsmarkt „umfassend zu beurteilen“. Die Position des EuGH ist demnach klar: Die erläuterte Rechtsvorschrift stellt eine Einschränkung dar, die für das Ziel, die Zahl ortsansässiger Studienabsolvent*innen zu erhöhen, nicht notwendig ist. Es ist bereits das zweite Mal, dass der EuGH Luxemburg in diesem Kontext zurechtweist: Anlässlich der Kürzungen finanzieller Beihilfen für Kinder von Grenzgänger*innen im Jahr 2010, sprach der EuGH 2013 von einer diskriminierenden Ungleichbehandlung nicht-ortsansässiger Familien, die gegen das EU-Recht verstöße.

Das Ministerium für Hochschulwesen und Forschung hat inzwischen mitgeteilt, dass der Regierung zeitnah ein „avant-projet“ zur Überarbeitung der Rechtsvorschrift vorgelegt werde.

SHORT NEWS

La définition de l'IHRA adoptée par la Chambre

(fb) - La Chambre des députés a adopté mercredi par 58 voix et deux abstentions (Déi Lénk) une motion appelant le gouvernement à faire sienne la définition de travail de l'antisémitisme de l'International Holocaust Remembrance Association (IHRA), actuellement sous présidence luxembourgeoise. Déposée en janvier par Laurent Mosar (CSV) et Mars Di Bartolomeo (LSAP), membres de la commission des Affaires étrangères et européennes, elle aurait donné lieu après étude à un texte « finalisé à peu près à l'unanimité », comme le précisait mercredi Mars Di Bartolomeo, en soulignant que la commission aurait « bewusst op irgendwellech Beispiller verzicht well mer dobäi riskéiert hätte Wichteges ze vergiessen ». Selon l'ancien ministre, la commission a voulu garantir ainsi « qu'antisémitisme et critique de la politique et des actions d'Israël en tant qu'État ne soient pas mis dans le même panier ». Il rejoint sur ce point les critiques de la définition de l'IHRA qui lui reprochent d'amalgamer critique d'Israël et antisémitisme. Pour Mars Di Bartolomeo, « Israël qui est un pays comme tous les autres peut être critiqué sans que l'on s'expose au reproche d'être antisémite ». Même si « bien entendu, remettre en question l'existence de cet État constitue un no-go ».

Forum Nr 397 : Borrowed size

(fb) - In der neusten Ausgabe der Monatszeitschrift Forum kommt der Soziologe Fernand Fehlen auf das Pressesterben, genauer gesagt auf das Ableben der Wochenzeitung Jeudi zurück. Mit 1.245 Abonnent*innen und durchschnittlich zwölf verkauften Exemplaren bei einer Auflage von 8.545 gedruckten Exemplaren (davon 5.962 gratis verteilt) - laut dem belgischen Centre d'information sur les médias (CIM) - ist für Fehlen klar, dass von Anfang an „eine Lücke zwischen Druck- und Verkaufsauflage“ bestand. Unbeantwortet bleibt indes die Frage, wo das ganze Geld hin ist, das jetzt nicht einmal mehr dazu reichen soll, die verwaiste Redaktion einigermaßen vernünftig zu entschädigen. Die Éditions Saint Paul hatten ihrerseits vor Jahren ja das noch angeschlagene Hausblatt durch die Schlöndorff-Verfilmung „Der neunte Tag“ retten können, während Gerüchten zufolge bei Editpress zumindest ein Teil der Werbegelder beispielsweise in die Eröffnung eines Restaurants geflossen sein sollen. Vorrangig liefert die neue Forum Ausgabe jedoch ein äußerst lesenswertes Dossier zur Metropolisierung Luxemburgs und zur Urbanisierung der Hauptstadt, die ihr „größtstädtische Attribute [verleiht], ohne dass es aus sich heraus eine Metropole darstellen würde“, wie es Markus Hesse von der Universität Luxemburg treffend beschreibt, der in diesem Kontext auch auf den Begriff der „borrowed size“ verweist.

online

Fichier central, Jagd und Frollein Motte

En plus de notre édition hebdomadaire sur papier, nous publions régulièrement des articles sur woxx.lu. Par exemple:

Neben der Printausgabe publizieren wir regelmäßig neue Artikel auf woxx.lu, hier einige Highlights dieser Woche:

Fichier central : Un formulaire et un déni La polémique sur les bases de données de la justice et de la police se poursuit. Pendant que le parquet essaie de s'en laver les mains, le Chaos Computer Club met à disposition un site web pour les citoyen-ne-s. woxx.eu/fichiercentral

Bilan parlementaire : Ça schtroumpfe pour les Bleus Un parti démocrate plus que satisfait s'est présenté devant la presse ce lundi. Et le DP a toutes les raisons de l'être : sa vision politique domine la coalition, le mettant à l'abri des quiproquos idéologiques dont souffrent ses partenaires. woxx.eu/bleus

Jagdgegner*innen allein auf weiter Flur An diesem Freitag steht im Parlament eine Debatte über die Treibjagd an. Die Stellungnahmen der zwei größten Umweltschutzorganisationen Luxemburgs zeigen, dass die Petitionär*innen mit ihrer Meinung ziemlich alleine sind. woxx.eu/jagd

Frollein Motte - Was ist eigentlich mit der Liebe los? In dem Comic von Frollein Motte wird aus einem One-Night-Stand plötzlich Every-Night. Die [woxx](http://woxx.eu) hat das Buch gelesen. woxx.eu/liebe